

Antrag Nr. 18-O-10-0007

FDP

Betreff:

Informationen zur City-Bahn
- Auswirkungen auf Delkenheim -
Antrag der FDP-Fraktion

Antragstext:

Sollte das erste Teilstück der City-Bahn, Brückenkopf Kastel - Hochschule Rhein-Main mit einer Länge von 16,9 km, realisiert werden, so sind die Infrastruktur-Kosten für Wiesbaden vergleichsweise gering, da der Bund 60 % und das Land 27,5 % der geschätzten 149 Mio. € an Fördermitteln beisteuern.

Beim zweiten Teilstück bis nach Bad Schwalbach (eingleisig in Schmalspur!) geht es dann um weitere ca. 350 Mio. €.

Die Vertreter der Stadt Wiesbaden und von ESWE-Verkehr konnten bei den vier City-Bahn-Infoveranstaltungen keine Angaben darüber machen, ob und in welcher Höhe dieses zweite und weitere Teilstücke gefördert werden.

Letztendlich müssen alle Steuerzahler für die Kosten aufkommen.

Auswirkungen auf Delkenheim

Die verbleibenden Infrastruktur- und die Unterhaltskosten belasten den Etat der Stadt, sodass möglicherweise weniger Gelder für Bildungs- und Sporteinrichtungen etc. auch in den Stadtteilen zur Verfügung stehen. Gleiches könnte für die Verfügungsmittel des Ortsbeirates gelten.

Die Fahrgäste der ESWE-Busse müssen sich wegen der Verlegung oder Reduzierung von Haltestellen auf längere Laufstrecken und häufigeres Umsteigen einstellen.

Während der Bauphase ist jahrelang mit erheblichen Verkehrsstörungen, Staus und daraus folgenden gravierenden Verzögerungen zu rechnen. Dies hat Auswirkungen auf die Erreichbarkeit der Innenstadt, sei es mit dem Auto oder mit dem Bus. Viele Parkplätze entfallen. Die kompliziertere Stellplatzsuche führt zu weiterem Zeitverlust und zu steigenden Umweltbelastungen.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird gebeten, dem Ortsbeirat Delkenheim Auskunft zu folgenden Fragen zu geben:

- 1) Führen die Kosten der City-Bahn zu einer Verringerung der für Kindergärten, Schulen oder Sporteinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel?
- 2) Könnten wegen der Kosten der City-Bahn die Verfügungsmittel des Ortsbeirates Delkenheim reduziert werden?

Wiesbaden, 09.04.2018

Antrag Nr. 18-O-10-0007
FDP
